

# Informationsblätter

---

## Geschichtliche Hintergründe zum Gaza-Krieg

In Gaza herrscht seit dem 7. Oktober 2023 ein brutaler Krieg. Seit Jahrzehnten bestehende Spannungen haben sich wiederum auf die bisher brutalste Art und Weise entladen. Am 7. Oktober 2023 wurde Israel aus dem Gazastreifen heraus angegriffen. Die Hamas verübte dabei bestialische Morde, Vergewaltigungen und Entführungen an Kindern und Zivilist\*innen. Über 1.200 Menschen wurden bei dem Terrorangriff der Hamas getötet und mehr als 240 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Israel versucht seitdem, die Hamas militärisch zu zerschlagen. Bei diesem Krieg kam es zu weiteren schwerwiegenden Völkerrechtsverstößen von beiden Kriegsparteien: zahlreiche unschuldige Kinder und Zivilist\*innen gerieten zwischen die Fronten und haben ihr Leben gelassen. Der Frieden in der Region scheint so fern wie nie zuvor. In diesem Infoblatt soll die Entwicklung des Konflikts skizziert werden und am Ende beschrieben werden, warum es vielleicht doch noch Grund zur Hoffnung gibt.

### Geschichtlicher Hintergrund

Im 19. Jahrhunderts entstand als Reaktion auf die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung vor allem in Osteuropa der „Zionismus“ als politisch-religiöse Bewegung. Das Ziel war, eine „nationale Heimstätte für das jüdische Volk“ im damals zum Osmanischen Reich gehörenden Palästina zu errichten. 1897 wurde auf dem 1. Zionistischen Weltkongress die sogenannte „Zionistische Organisation“ gegründet. In der Folge kam es im frühen 20. Jahrhundert zu größeren Auswanderungen europäischer Jüd\*innen nach Palästina.<sup>i</sup> Rund 20 Jahre nach der Gründung der Zionistischen Organisation erhielten die Zionist\*innen mit der sogenannten „Balfour Erklärung“ formal Unterstützung durch das Britische Königreich. Viele Historiker\*innen sind heute der Meinung, dass Großbritannien damit auch imperialistische Interessen verfolgte. Es wollte die zionistische Bewegung ausnutzen, um seine Machtposition im Nahen Osten zu konsolidieren. Dieser Plan ging auf und 1922 wurde Palästina auf Geheiß des Völkerbundes zu einem britischen Protektorat.<sup>ii</sup> Jüdische Einwanderung nach Palästina ging in den Folgejahren weiter und nahm durch die Gräueltaten der Nazis stark zu.<sup>iii</sup> In der Folge kam es in den 1930er Jahren zu immer größeren Spannungen zwischen den arabischen und den neu hinzugekommenen jüdischen Einwohner\*innen des Protektorats.

Nach dem zweiten Weltkrieg gaben die Briten ihr Mandat schließlich auf. Die neu gegründeten Vereinten Nationen (UNO) sollten entscheiden, was mit Palästina passieren sollte. In der Resolution 181 der Generalversammlung<sup>iv</sup> wurde dann eine Aufteilung des Mandatsgebietes in ein jüdisches und ein arabisches Gebiet vorgesehen; Jerusalem sollte einen Sonderstatus erhalten. Die Zionist\*innen und ihre westlichen Unterstützer\*innen begrüßten dies, aber für die arabischen Länder war es inakzeptabel. Sie waren der Ansicht, dass es sich effektiv um einen kolonialen Landraub handeln würde.<sup>v</sup>

Am 14. Mai 1948 verkündete David Ben-Gurion dann schließlich einseitig die Unabhängigkeit des Staates Israel.<sup>vi</sup> Die UN-Resolution 181 wurde niemals in die Tat umgesetzt, stattdessen kam es zum Krieg.

## Der Unabhängigkeitskrieg

In Israel wird der 14. Mai als der „Unabhängigkeitskrieg“ bezeichnet. Palästinenser\*innen sprechen in der Regel von der „Nakba“ („Katastrophe“).

Im unmittelbaren Kontext der Staatsgründung Israels ist damit die Vertreibung von bis zu 750.000 Palästinenser\*innen und die Einverleibung von großen Teilen Palästinas gemeint. Heute weiß man, dass es dabei sehr wohl zu gezielten Vertreibungen, systematischen Zerstörungen palästinensischer Orte, sowie Massakern und Plünderungen gekommen ist. Während Jüd\*innen aus aller Welt später das Recht gegeben wurde, nach Israel zu kommen, wird den Geflüchteten bis heute völkerrechtswidrig die Rückkehr verweigert. Diejenigen, die in Israel blieben, waren bis 1966 Bürger\*innen zweiter Klasse mit eingeschränkten Grundrechten. Diese Einschränkungen wurden zwar aufgehoben, aber die in Israel lebenden Palästinenser\*innen leiden weiterhin unter Benachteiligung und Diskriminierung. Israel versteht sich selbst seit dem Grundgesetz („basic law“) <sup>vii</sup> von 2018 offiziell als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“. Ziel war es, den Unterschied zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität weiter zu festigen. In den Augen vieler Palästinenser\*innen geht die Nakba noch heute weiter.<sup>viii</sup>

Auch nach dem Krieg, der von 1947 bis 1949 währte, kam es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Der erste bedeutsame bewaffnete Konflikt erfolgte im Zuge der sogenannten Suezkrise vom 29.10.1956 bis Ende 1956. Nachdem Frankreich und Großbritannien Ägypten angegriffen hatten, um die Verstaatlichung des Suezkanals durch Ägypten rückgängig zu machen, nutzte Israel die Gelegenheit und marschierte ebenfalls auf der Sinai-Halbinsel ein. Dabei eroberte Israel auch den Gaza-Streifen von Ägypten, musste beide Gebiete aber auf Druck des UNO-Sicherheitsrates wieder aufgeben.<sup>ix</sup>

## Der Sechstagekrieg 1967

1967 hatten die Spannungen im Nahen Osten erneut einem Bruchpunkt erreicht. Nach einer nachweislich falschen Warnung der Sowjetunion, dass ein israelischer Angriff kurz bevorstehen würde, versetzten Ägypten und Syrien Mitte Mai ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft. In Israel sorgten die arabischen Truppenbewegungen für große Unruhe. Israel hatte sich zwar im Krieg von 1948/49 und in der Suezkrise behaupten können, fühlte sich aber immer noch bedroht. Die Spannungen schaukelten sich immer mehr hoch und Versuche der USA, Israel zu beruhigen, schlugen fehl. Am 5. Juni 1967 startete Israel dann einen präventiven Überraschungsangriff. Innerhalb kürzester Zeit war die Sinai-Halbinsel genauso eingenommen wie die Golan-Höhen im Süden Syriens und das Westjordanland. Bald waren die Hauptstädte Syriens und Ägyptens in Gefahr. Nach Austausch mit der Sowjetunion brachten die USA Israel schließlich erfolgreich dazu, das Feuer am 10. Juni einzustellen. Nach diesem sogenannten „Sechstagekrieg“ hielt Israel aber weiterhin die Sinai-Halbinsel und die heutigen palästinensischen Gebiete einschließlich Ostjerusalems, das mit Westjerusalem wieder vereinigt wurde, besetzt. Statt UNO-Sicherheitsratsresolution 242 Folge zu leisten und die eroberten Gebiete zurückzugeben, begann Israel mit einer aggressiven Siedlungspolitik. Die Arabische Liga<sup>x</sup> verkündete in der Folge die „drei Neins“: Nein zur Anerkennung Israels, Nein zu Verhandlungen mit Israel, Nein zum Frieden mit Israel. Israel hatte seine Existenz zwar erneut gegen die arabischen Länder behauptet und im Westen einen enormen Prestigegewinn erzielt. Die Kosten waren allerdings auch immens, denn eine friedliche Lösung des Konfliktes war so in noch viel weitere Ferne gebracht und der Hass bei den Arabern noch weiter gewachsen.<sup>xi</sup>

Danach hielten die Spannungen weiter an. Ägypten war nach dem Sechstagekrieg nicht dazu bereit, Frieden mit Israel zu schließen, ohne seine Ölfelder auf dem Sinai zurück zu bekommen. Bei bewaffneten Auseinandersetzungen im sog. „Abnutzungskrieg“ 1968 bis 1970 zwischen Ägypten und Israel ging es um die Kontrolle über den Sinai. Der Krieg endete mit einem 1970 geschlossenen Waffenstillstand; keine der beiden Parteien konnte Gebietsgewinne verzeichnen.

## Der Jom-Kippur oder Ramadan-Krieg von 1973

Im Oktober 1973 wurde Israel überraschend von Ägypten und Syrien angegriffen. Mindestens der Sinai und die Golanhöhen sollten zurückerobert werden. Auch diesen sog. Jom-Kippur- oder Ramadan-Krieg gewann Israel knapp und mit deutlich größerer Mühe als sechs Jahre zuvor. In der Folge kam es zu ersten von den USA moderierten Verhandlungen und es begann der in der UN-Sicherheitsratsresolution 338 festgehaltene Friedensprozess. Ägypten und Syrien bekamen jeweils Teile der 1967 besetzten Gebiete zurück, gleichzeitig wurden Sicherheitsarrangements für beide

Seiten ausgehandelt. Dies war auch explizit als erster Schritt hin zu einem „gerechten und dauerhaften Frieden“ gedacht. Ende der 1970er wurde dann - wieder unter Moderation durch den US-Präsidenten Jimmy Carter - in Camp David ein Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten ausgehandelt und im März 1979 unterschrieben. Dabei wurde zum ersten Mal das sogenannte „Land für Frieden Prinzip“ umgesetzt. Israel trat zwar Land wieder zurück an Ägypten ab, bekam dafür aber Frieden mit seinem größten Nachbarn.<sup>xii</sup>

## Der Widerstand in Palästina

1964 wurde auf Initiative des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet. Bereits einige Jahre zuvor war eine Geheimorganisation namens Palästinensische Befreiungsbewegung (Fatah) unter der Führung von Yasser Arafat geschaffen worden. Ursprünglich war die Fatah in der PLO wegen ihrer angenommenen Nähe zu der Muslimbruderschaft nicht willkommen. Schnell wurde die Fatah aber auch wegen ihres militärischen Vorgehens und ihrer wahrgenommenen Härte gegenüber Israel bei den Palästinenser\*innen beliebter als die PLO-Führung. Die Niederlage im Sechstagekrieg führte das politische Ende der ersten PLO-Führung herbei. Die Fatah war aufgrund eines militärischen Teilerfolgs gegen Israel im jordanischen Karameh 1968 beliebter denn je geworden. 1969 war die Übernahme der PLO durch die Fatah dann perfekt und Arafat wurde ihr neuer Vorsitzender. Schon 1970 folgte dann ein herber Rückschlag für die PLO. Sie geriet in Konflikt mit der Regierung Jordaniens, was mit ihrer Vertreibung endete. Nicht nur die PLO, sondern auch hunderttausende Palästinenser\*innen mussten als Folge in den Libanon fliehen, wo die PLO ihr neues Zuhause fand und eine Art parallele Staatsstruktur aufbaute.

Es war in dieser Zeit, dass die PLO zu einer gefürchteten Terrororganisation wurde. Ihre Flugzeugentführungen, Anschläge auf Zivilist\*innen und auch Überfälle auf Israelis im Ausland – wie bei den Olympischen Spielen in München 1972 - schädeten den Interessen der Palästinenser und dem Ansehen der PLO aber eher. Ihre Präsenz im Libanon verursachte schließlich einen Bürgerkrieg dort. Nachdem Israel 1982 intervenierte, wurde die PLO erneut vertrieben, ihre Truppen in den Jemen, die PLO-Führung nach Tunis. Dies führte schließlich zu einem Umdenken der PLO hin zu Verhandlungen und Kompromissen statt Gewalt und Terror. Dieser Richtungswechsel wurde aber nicht universell mitgetragen. Einige linke Teilorganisationen und die damals nicht an der PLO beteiligte Hamas wollten der Gewalt nicht abschwören.<sup>xiii</sup>

Seit dem Sechstagekrieg lebten die Palästinenser\*innen unter militärischer Besatzung. Schließlich war es ein tödlicher Autounfall an einem Grenzposten am 7. Dezember 1987, der als Funke jenes Aufstandes diente, der als Erste Intifada bekannt wurde und von 1987 bis 1993 andauerte. Der Widerstand wuchs schnell und wurde bald von Hunderttausenden getragen, viele von ihnen ohne jegliche Erfahrung in Widerstandsbewegungen. Hauptsächlich kamen dabei friedliche Methoden des zivilen Widerstandes, wie Demonstrationen, Streiks, die Weigerung, Steuern zu zahlen und der Boykott israelischer Produkte zum Einsatz.<sup>xiv</sup> Es kam aber auch zu gewaltsamen Aktionen wie dem Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails. Es wurden auch tödliche Waffen wie Äxte und Messer eingesetzt, aber der Grad der Gewalt wurde bewusst begrenzt. Die von Untergrundzellen der PLO gehorteten Feuerwaffen kamen bewusst nicht zum Einsatz.<sup>xv</sup> Außerdem ist zu erwähnen, dass es erst zu diesen Gewaltakten kam, nachdem das Militär einschritt, um die friedlichen Versammlungen gewaltsam aufzulösen.

Die PLO nutzte die Gunst der Stunde, um am 15. November 1988 den Staat Palästina auszurufen. Obwohl ihre Erklärung von vielen so aufgefasst wurde, dass die PLO von Gewalt abschwören würde und bereit sei, Israel im Gegenzug für einen palästinensischen Staat anzuerkennen, waren viele westliche Staaten anfangs skeptisch, da der PLO-Terror der vergangenen Jahrzehnte noch deutlich in Erinnerung war.

## Der Osloer Friedensprozess

Trotzdem gab es bald Grund zur Hoffnung. Die neue israelische Regierung um Premierminister Jitzchak Rabin bemühte sich um Dialog und stoppte den Siedlungsbau. In Oslo trafen sich Regierungsmitarbeiter heimlich mit hochrangigen PLO-Vertretern. Nach zähen Verhandlungen wurde

im September 1993 ein Kompromiss erzielt. Unter dem Motto „Land für Frieden“ würde Israel seine Truppen schrittweise aus dem Westjordanland und Gaza abziehen und diese zumindest teilweise in die Hände einer palästinensischen Autonomiebehörde legen. Im Gegenzug würde die PLO Israel anerkennen und endgültig versprechen, keine Gewalt gegen den Staat Israel mehr anzuwenden. Jitzchak Rabin, sein Außenminister Schimon Peres und Yassir Arafat bekamen später den Friedensnobelpreis. Allerdings wurden viele wichtige Fragen erst einmal nicht gelöst. Außerdem gab es radikale Gegner des Abkommens auf beiden Seiten, deren Terroranschläge in den Folgejahren etliche sowohl jüdische als auch muslimische Leben kosteten.

Bei den ersten Wahlen in den palästinensischen Gebieten im Januar 1996 gewann Yassir Arafat mit seiner Partei Fatah haushoch.

Einer der schärfsten politischen Gegner des Abkommens war schon damals der damalige Parteichef der konservativen Likud Partei, Benjamin Netanjahu. Auf Demos hetzte er gegen Rabin und seine Regierung, einige Demonstrant\*innen brachten Plakate mit Fotomontagen, auf denen Rabin am Strick oder in Nazi-Uniform zu sehen war. Am 4. November 1995 sprach Rabin vor 200.000 Menschen auf einer Friedenskundgebung in Tel Aviv. Dort sagte er: „27 Jahre lang war ich ein Mann der Armee; solange es keine Gelegenheit für den Frieden gab, habe ich gekämpft. Heute glaube ich, dass es eine Chance für den Frieden gibt, eine große Chance. Diese Chance müssen wir ergreifen [...]“. Als er die Bühne verließ, wurde er von einem israelischen, religiös-fanatistischen, rechten Extremisten erschossen.

Kurze Zeit später kam Netanjahu an die Macht. Seine rechte Regierung gab grünes Licht für neuen Siedlungsbau.

Der Slogan „Frieden durch Sicherheit“ der Netanjahu Regierung war nichts weiter als leere Worte, weder seine Regierung noch die der Autonomiebehörde konnten die Gewalt stoppen. Selbstmordattentate gingen weiter und erreichten ab dem Beginn der zweiten Intifada 2000 einen neuen Höhepunkt.<sup>xvi</sup>

Die Zweite Intifada, die im Jahr 2000 begann und durch einen Besuch von Scharon auf dem Felsendom ausgelöst wurde, wurde maßgeblich durch die katastrophale wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten verursacht. Im Gegensatz zur ersten war sie deutlich gewalttätiger und maßgeblich geprägt von Selbstmordattentaten radikaler Gruppen, darunter auch durch die Hamas, in Israel. Nach der Wahl Ariel Scharons zum israelischen Ministerpräsidenten proklamierte Israel eine „Politik der eisernen Hand“. Diese beinhaltete massive militärische Aktionen und ab 2003 auch den Bau einer 750 Kilometer „Sperranlage“.<sup>xvii</sup>

Die Zweite Intifada wurde 2005 mit dem Abschluss eines Waffenstillstands zwischen dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas und Israels Ministerpräsidenten Ariel Scharon im ägyptischen Scharm el-Scheich offiziell beendet.<sup>xviii</sup>

Die israelische Regierung reagierte auch nach der Zweiten Intifada immer wieder mit Repression und militärischer Gewalt auf die Bedrohung aus Gaza. Heute umspannt eben jene 6-14 Meter hohe „Sperranlage“ den Gazastreifen, und eine seit Jahren anhaltende (teilweise) Blockade machte die Lage für die Menschen in Gaza schon vor dem jüngsten Krieg sehr prekär. Die Arbeitslosigkeit war extrem hoch, die wirtschaftlichen Aussichten schlecht.

## **Die Hamas**

Die Hamas wurde 1987 als Ableger der islamistischen ägyptischen Muslimbrüder im Zuge der Ersten Intifada gegründet. Erklärtes Ziel war die Zerstörung Israels und seines Volkes durch einen „Heiligen Islamischen Krieg“ sowie die Gründung eines „islamischen Staates Palästina“. In Gaza wurde die Hamas ursprünglich so stark, weil sie sich als Wohltätigkeitsorganisation betätigte, um so bei den verarmten Bewohner\*innen des Gazastreifens zu punkten. 2006 gewann sie überraschend die bisher letzten demokratischen Wahlen im Gazastreifen. Nach einer kurzen Einheitskoalition griff sie am 12. Juni 2007 die Fatah an und übernahm in der Folge die Macht im Gazastreifen. Als Reaktion auf die Machtübernahme der radikalen Islamisten verhängte Israel eine weitgehende Blockade über das Gebiet.<sup>xix</sup> In der Zeit danach etablierte die Hamas ihre Alleinherrschaft über Gaza und baute ein paralleles halbstaatliches System zu dem der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) im Westjordanland auf.

Auch stark gewachsen ist seit der Machtübernahme 2007 der militärische Arm der Hamas, die sogenannten Qassam-Brigaden. Sie haben ihre eigene militärische Führung, deren Ziele sich nicht immer mit denen der Mutterorganisation gedeckt haben. Seit 2017 ist ihre militärische Führung aber identisch mit der politischen Führung in Gaza.<sup>xx</sup> Immer wieder griffen sie Israel, zumeist mit Raketenbeschuss, an. Auf einen dieser Angriffe hatte die israelische Regierung 2014 mit der Militäroperation „Starker Fels“ reagiert, die rund 1.400 palästinensischen Zivilist\*innen das Leben kostete. Dabei kamen auch zum letzten Mal vor dem jüngsten Konflikt Bodentruppen in Gaza zum Einsatz. Insgesamt ist festzuhalten: In den vergangenen 20 Jahren kam es immer wieder zu Raketenbeschuss aus Gaza auf Israel, Israel reagierte immer wieder militärisch und zerstörte dabei auch schon vor Oktober 2023 große Teile des Gazastreifens.<sup>xxi</sup>

Teilweise revidiert wurde die ursprüngliche Charta der Hamas 2017 durch eine neuere durchaus auf den ersten Blick moderatere Version. Laut dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber ist das aber zum großen Teil Täuschung, um die gewalttätigen und im Prinzip genozidalen Absichten der Hamas zu verdecken.<sup>xxii</sup>

Finanzielle Unterstützung erhält die Hamas vor allem aus Katar, aber auch von dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Militärisch wird die Hamas vor allem durch Iran unterstützt. Die iranische Regierung liefert nicht nur Raketen, sondern soll sogar an der Ausbildung von Hamas-Kämpfern beteiligt sein. Es gibt aber auch Behauptungen, dass die Hamas in den Anfangsjahren sogar von der israelischen Regierung mitfinanziert wurde, um sie als Gegenstück zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bzw. Fatah aufzubauen - frei nach dem Motto „teile und herrsche“. Sowohl die Hamas als auch Israel bestreiten dies allerdings.<sup>xxiii</sup> Weniger kontrovers ist allerdings die Ansicht, dass Netanjahu die Unterstützung insbesondere aus Katar duldet und die Hamas lange gewähren ließ, da ihre Existenz für ihn politisch opportun war.<sup>xxiv</sup>

## Konfliktsichten

Die Motivationen hinter Konfliktparteien und ihren Handlungen zu verstehen, ist essentiell, um einen Konflikt friedlich lösen zu können. Viele Palästinenser\*innen fragen sich, wer der UN damals das Recht dazu gegeben hat, „ihr“ Land aufzuteilen, und sie verstehen schon gar nicht, warum Israel die Mehrheit (56%) dieses Landes bekam. Sie sehen auch eine gewisse Doppelmoral in der Umsetzung von UN-Entscheidungen. Zwei Resolutionen des UN-Sicherheitsrats bezüglich Palästinas wurden nicht umgesetzt: UN-Resolution 194 von 1948 (Rückkehr der Vertriebenen) und UN-Sicherheitsratsresolution 242 von 1967 (Beendigung der Besatzung).<sup>xxv</sup> Im Gegensatz dazu führte die Resolution bzgl. der irakischen Invasion Kuwaits 1990 zu einem internationalen, von der UN sanktionierten militärischen Eingreifen. Außerdem sehen sie sich in Bezug auf Repressionen Israels als Opfer kollektiver Bestrafung.

Dem gegenüber wollten aus Sicht Israels die Araber 1948 keinen Frieden. Als Folge des arabischen Angriffskrieges, in dem Israel siegte, flohen damals ca. eine Millionen Jüd\*innen aus arabischen Ländern. Für die Rückzüge aus dem Libanon (2000) und aus Gaza (2005) sei man mit Raketenbeschuss und Terror „belohnt“ worden.<sup>xxvi</sup>

## Der 7. Oktober 2023 und die Folgen

Am 7. Oktober 2023 griffen Terrorkommandos der Hamas Israel an. Der Angriff forderte rund 1.200 Menschenleben und mehr als 5.431 Verletzte in Israel. Mehr als 250 Menschen wurden als Geiseln verschleppt. Etliche von ihnen sind tot, 150 sollen sich noch Anfang April 2024 in den Händen der Hamas befunden haben. Wie viele von ihnen überhaupt noch leben, ist nicht klar.<sup>xxvii</sup>

Im Gazastreifen, so die Zahlen von statista.de, sind durch den Gegenangriff des israelischen Militärs gegen die Hamas ca. 33.000 Menschen gestorben, ca. 76.000 wurden verletzt – größtenteils Kinder und Zivilist\*innen (Stand: Anfang April 2024).

Nach Angaben der UN leidet etwa die Hälfte der Bevölkerung in Gaza (1,1 Millionen Menschen) an katastrophaler Ernährungsunsicherheit, es droht eine Hungersnot. Über 60% der Wohnhäuser in Gaza, sowie 227 religiöse Einrichtungen und 155 Gesundheitseinrichtungen wurden beschädigt oder zerstört. 1,7 Millionen Menschen (80% der Bevölkerung) mussten ihren Wohnort verlassen, eine Million Kinder benötigen mentale und psychologische Unterstützung.<sup>xxviii</sup>

Auch im Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem) hat die Gewalt gegen Palästinenser\*innen seit dem 7. Oktober eine neue Dimension angenommen. Es wurden dort bis April 2024 438 Palästinenser\*innen getötet. Weitere 4.700 wurden verletzt, darunter 725 Kinder. Seit dem 7. Oktober gab es insgesamt 683 Angriffe auf Palästinenser\*innen durch israelische Siedler\*innen.<sup>xxix</sup>

In Bezug auf den Gazakrieg, der im Oktober 2023 nach dem Überfall der Hamas auf Israel begann, ist mehrfach der Vorwurf des Völkermords gegen Israel erhoben worden, u.a. auch von Regierungen. Südafrika hat deshalb vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage eingereicht, die von dem Gericht auch angenommen wurde.<sup>xxx</sup>

Aber vielleicht ist der Streit um diesen Vorwurf gar nicht so zentral. Ähnlich wie von der Informationsstelle Militarisierung im Dezember 2023 dargestellt<sup>xxxi</sup>, sollte eine Einschätzung, ob es sich um Völkermord handelt oder nicht, den Geschichtsbüchern überlassen werden. Das internationale Kriegsvölkerrecht hat klare Regeln zum Schutz von Zivilbevölkerung formuliert, die die Hamas bei ihrem Angriff durch die Jagd auf Zivilist\*innen eindeutig gebrochen hat. Doch auch Israel missachtet den Schutz der Zivilbevölkerung bei seinem militärischen Vorgehen gegen die Hamas im Gaza-Streifen.<sup>xxxii</sup> Schwerwiegende Völkerrechtsverstöße der Hamas geben Israel nicht das Recht, selbst gegen das humanitäre Völkerrecht zu verstoßen.

Bereits 2008-2009 führte Israel die „Operation Gegossenes Blei“ mit brutalen Mitteln und mit wenig Rücksicht auf Zivilist\*innen durch. Schon damals wurden zivile Wohnhäuser und Einrichtungen als Hamas Stützpunkte deklariert und beschossen.<sup>xxxiii</sup> Auch dieses Mal scheint das Muster wieder dasselbe zu sein. Laut dem Menschenrechtsexperten Conor Grearty sind durch Israel diverse Völkerrechtsverstöße begangen worden. Angefangen mit der Inkaufnahme ziviler Opfer bis hin zu der möglichen Benutzung von Hunger als Kriegswaffe. Diverse Äußerungen hochrangiger israelischer Beamte\*innen würden außerdem „eine genozidale Absicht“ erkennen lassen.<sup>xxxiv</sup> Der in Israel lebende Friedensaktivist Adam Keller berichtete, dass es im ersten Moment nach dem Massaker vom 7. Oktober in Israel einen regelrechten Kriegsrausch gegeben hätte. Selbst eigentlich vernünftige Menschen seien voll blinder Wut und Rachelust gewesen. Viele Israelis wüssten gar nicht, wie groß die Zerstörung in Gaza ist, viele andere befürworteten sie allerdings offenkundig. Aufrufe zum Töten von Palästinenser\*innen oder gar zur ethnischen Säuberung hätten ganz offen und ungestraft ausgesprochen werden können. Wer sich hingegen mäßigend äußerte, hätte mit heftigen Sanktionen rechnen müssen. Hunderte Menschen würden stigmatisiert und ausgegrenzt, teilweise sogar verhaftet, nur weil sie es wagten, Mitgefühl mit den Menschen in Gaza zu zeigen und um die toten Kinder dort zu trauern.<sup>xxxv</sup>

## Gründe zur Hoffnung?

Allgemein hat sich der Enthusiasmus für den Krieg in der Bevölkerung Israels laut Adam Keller inzwischen wieder etwas gelegt. Zunächst waren Demonstrationen gegen den Krieg sogar verboten. Es dauerte drei Monate, bis das oberste Gericht dieses Verbot kippte.<sup>xxxvi</sup> Aber auch danach versuchte die Polizei, Demonstrant\*innen weiter zu schikanieren. Auch wurden einige Friedensaktivist\*innen aufgrund ihrer Äußerungen gefeuert oder der Universität verwiesen.

Eine andere Art des Widerstandes ist die Kriegsdienstverweigerung. In Israel herrscht eine allgemeine Wehrpflicht für Männer und Frauen, und Kriegsdienstverweiger\*innen werden zu Haftstrafen verurteilt. Dennoch hat es immer Frauen und Männer gegeben, die den Wehrdienst verweigerten; viele von ihnen mit der Begründung, dass sie nicht in den besetzten Gebieten Dienst tun wollen.<sup>xxxvii</sup> Es dauerte mehr als zwei Monate, bis am 26. Dezember 2023 der 18-jährige Tal Mitnick als Erster seit dem 7. Oktober öffentlich den Kriegsdienst verweigerte. Er wurde zweimal für jeweils 30 Tage ins Gefängnis gesteckt. Viele andere machen ihr Verweigern nicht öffentlich.<sup>xxxviii</sup>

Im Westjordanland arbeitet eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen, die sich gegen die Besatzung und für den Schutz der palästinensischen Bevölkerung einsetzen. Diese beinhalten das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI), das Community Peacemaker Team (CPT), Operazione Colomba (Operation Taube), das Meta Peace Team, die Internationale Solidaritätsbewegung, Israelis Against House Demolition, Combatants for Peace, Machsom Watch oder Ta'ayush. Vielen dieser Organisationen schützen Palästinenser\*innen durch ihre bloße Anwesenheit vor Gewalt und Schikane bzw. decken solche Taten auf. Manchmal unterstützen sie gewaltfreien Widerstand gegen die israelische Besatzung auch auf andere Art und Weise, zum

Beispiel durch Beratung. Die Arbeit dieser Organisationen wurde nach dem 7. Oktober nochmal um einiges schwieriger. Inzwischen kommt es immer öfter vor, dass israelische Soldat\*innen sowie Siedler\*innen sich nicht mehr durch das Prinzip „die Welt schaut zu“ von Übergriffen abschrecken lassen.<sup>xxxix</sup>

Positiv ist auch, dass der internationale Druck auf Israel in den letzten Monaten deutlich gestiegen ist. So erzielte Südafrika mit seiner Klage gegen Israel wegen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im Januar bereits einen Teilerfolg, denn „das Gericht fand genügend Anhaltspunkte dafür, dass die palästinensische Zivilbevölkerung auf Schutz durch den Gerichtshof angewiesen ist“. Bis das Gericht über den Vorwurf selbst entscheidet, wird es noch lange dauern. Aber Israel müsse jetzt schon „alles in seiner Macht Stehende unternehmen“ um zu verhindern, dass von der Völkermordkonvention geächtete Handlungen gegen die Zivilbevölkerung geschehen.<sup>xi</sup> Noch wichtiger ist, dass die israelische Regierung inzwischen anfängt, Gegenwind von der US-Regierung zu bekommen. So wandte sich Präsident Biden im April-Mai 2024 öffentlich gegen den von Netanjahu geplanten Einmarsch in die mit Geflüchteten überfüllte Stadt Rafah.<sup>xi</sup> In einem Telefonat am 18. März 2023 zeigte sich Biden Medienberichten zufolge zutiefst besorgt über das Vorhaben und bezeichnete es als „Fehler“. Generell wurde Bidens Kritik gegenüber Netanjahu im Angesicht der immer höheren Opferzahlen und immer katastrophaleren humanitären Lage im Gazastreifen in jüngster Vergangenheit immer deutlicher.<sup>xlii</sup> Am 22. März forderten die USA im UNO-Sicherheitsrat eine sofortige Feuerpause. Bemerkenswert war dies vor allem deshalb, weil vorherige Versuche, im Sicherheitsrat eine Forderung nach einer Waffenruhe zu erwirken, durch das Veto der USA blockiert worden waren. Dieses Mal waren es allerdings China und Russland, die ein Veto einlegten. Am 25. März brachten die zehn gewählten Mitglieder im Sicherheitsrat dann eine Resolution ein, die sowohl eine Feuerpause für den Rest des muslimischen Fastenmonats Ramadan als auch eine Freilassung aller von der Hamas gehaltenen Geiseln fordert. Dieses Mal gab es kein Veto, die USA enthielten sich lediglich, alle anderen Mitglieder waren dafür. Obwohl Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrates theoretisch völkerrechtlich bindend sind, ist der tatsächliche Einfluss auf den Krieg im April 2024 noch unklar. Die Hamas begrüßte den Beschluss, aber bisher scheint sich die israelische Regierung allerdings wenig beeindruckt zu zeigen.<sup>xliii</sup> Letztendlich ist diese Entscheidung aber auch vor allem symbolisch für die schwindende westliche Unterstützung für Israels Krieg in Gaza.

Welche Auswirkungen die im April entstandene Konfrontation zwischen Iran und Israel auf den Gaza-Krieg haben wird, kann derzeit – Mitte April 2024 – nicht gesagt werden.

## Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der aktuelle Konflikt das Resultat von über 125 Jahren schmerzhafter Geschichte ist. Der Wunsch von Jüd\*innen, nach Jahrhunderten der Verfolgung (wieder) einen eigenen Staat zu bekommen, in dem sie sicher leben können, ist verständlich. Die arabischen Staaten hatten für ihre Ablehnung des Teilungsplans aber auch valide Argumente. Trotzdem wäre eine Umsetzung von Resolution 181 aus dem Jahr 1947, die eine Aufteilung des Mandatsgebietes in ein jüdisches und ein muslimisches Gebiet vorsah, wahrscheinlich der bessere Weg gewesen. Immer wieder wurde seitdem versucht, den Konflikt friedlich beizulegen. Vor allem Anfang und Mitte der 1990er Jahre schien eine Lösung zum Greifen nahe, aber der Frieden konnte sich nicht durchsetzen. Mit jedem Jahr wurde eine friedliche Lösung schwieriger zu erreichen, sodass sie heute fast unmöglich erscheint. Sowohl in Gaza als auch in Israel schienen in den letzten 20-30 Jahren immer nur die Feinde einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung das Ruder in der Hand gehabt zu haben. Die Folge war der bisher brutalste Krieg, mit unzähligen zivilen Opfern auf beiden Seiten. Der beidseitige Hass ist größer denn je. Aber es gibt sie immer noch, die Menschen die sich sowohl in Israel als auch auf palästinensischer Seite-für den Frieden und die Völkerverständigung einsetzen. Der Weg zum Frieden wird ein harter sein, aber solange es Menschen gibt, die für Frieden eintreten, ist dieser Weg offen und begehbar.

Text: Felix Fassemeier  
Stand: 4/2024

## Endnoten

- <sup>i</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18503/zionismus/>
- <sup>ii</sup> <https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-balfour-deklaration-von-1917-wer-hat-wem-was-versprochen-100.html>
- <sup>iii</sup> [https://www.bpb.de/fsd/centropa/exillaender\\_welt.php](https://www.bpb.de/fsd/centropa/exillaender_welt.php)
- <sup>iv</sup> <https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf>
- <sup>v</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/vor-70-jahren-die-verabschiedung-des-un-teilungsplans-fuer-100.html>
- <sup>vi</sup> Siehe Fußnote ii
- <sup>vii</sup> Israel hat keine Verfassung. Stattdessen gelten die Gründungserklärung und eine Reihe im Laufe der Zeit geschaffene Gesetze als „Grundgesetze“. Siehe <https://www.bundestag.de/resource/blob/411770/45b99876dbfe0d23e00beeb000bc302/WD-1-016-07-pdf.pdf>
- <sup>viii</sup> <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/israel-2023/520482/75-jahre-nach-der-nakba/>
- <sup>ix</sup> Bosch, G. S., & Weg, W. Der Nahostkonflikt vor Oslo. Unter [http://gregorbosch.de/wp-content/uploads/2015/09/Hausarbeit\\_Nahost-Konfliktsystem.pdf](http://gregorbosch.de/wp-content/uploads/2015/09/Hausarbeit_Nahost-Konfliktsystem.pdf)
- <sup>x</sup> Die Arabische Liga ist eine Internationale Organisation arabischer Staaten.
- <sup>xi</sup> <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30496/der-sechstagekrieg/>
- <sup>xii</sup> [https://www.swp-berlin.org/publications/products/fachpublikationen/Geschichte\\_des\\_Nahost\\_ks.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/fachpublikationen/Geschichte_des_Nahost_ks.pdf)
- <sup>xiii</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/50-jahre-plo-metamorphosen-einer-befreiungsbewegung-100.html>
- <sup>xiv</sup> Siehe Fußnote 7
- <sup>xv</sup> Schreiber, F. (1989). Totaler Widerstand gegen die Besatzungsmacht. In: Aufstand der Palästinenser Die Intifada. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-97220-0\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-322-97220-0_4)
- <sup>xvi</sup> <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/45071/die-erste-intifada-und-das-friedensabkommen-von-oslo/>
- <sup>xvii</sup> <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/45077/die-zweite-intifada-und-der-bau-der-barriere/>
- <sup>xviii</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Zweite\\_Intifada](https://de.wikipedia.org/wiki/Zweite_Intifada)
- <sup>xix</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/hamas-gaza-israel-erklaerung-entstehung-100.html>
- <sup>xx</sup> Yahya Sinwar gilt als Planer des Terroranschlages vom 7. Oktober
- <sup>xxi</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/gazastreifen-entstehung-geschichte-israel-palaestinenser-hamas-krieg-100.html>
- <sup>xxii</sup> <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36358/antisemitismus-und-antizionismus-in-der-ersten-und-zweiten-charta-der-hamas/#node-content-title-10>
- <sup>xxiii</sup> <https://www.dw.com/de/wer-ist-die-hamas-und-wer-unterst%C3%BCtzt-sie/a-57536236>
- <sup>xxiv</sup> <https://www.dw.com/de/netanjahu-wollte-pal%C3%A4stinenser-spalten-und-spaltete-israel/a-68045450>
- <sup>xxv</sup> Dem Autor ist bewusst, dass die gängige Interpretation von Resolution 264 nur ein Ende der Besatzung nach Erreichens eines „gerechten Friedens“ vorsieht. Hier geht es ausschließlich um die subjektive Sicht der Palästinenser.
- <sup>xxvi</sup> Konfliktsichten aus Friedensforum Ausgabe 2/2024 (nur in Print)
- <sup>xxvii</sup> <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/547184/sechs-monate-nach-dem-angriff-der-hamas-auf-israel-chronologie-des-kriegsgeschehens/>
- <sup>xxviii</sup> <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-167>
- <sup>xxix</sup> <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-147#:~:text=The%20number%20of%20Palestinians%20killed,started%20recording%20casualties%20in%202005>
- <sup>xxx</sup> <https://taz.de/Voelkermord-Verfahren-gegen-Israel/!5985407/>
- <sup>xxxi</sup> <https://www.imi-online.de/2023/12/01/genozid-ein-schwieriges-terrain/>
- <sup>xxxii</sup> <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v45/n23/onor-gearry/short-cuts>, der Autor ist Professor für Menschenrechtsrecht in der Rechtsabteilung der London School of Economics
- <sup>xxxiii</sup> <https://www.imi-online.de/download/CH-Gaza.pdf>
- <sup>xxxiv</sup> siehe Fußnote 23
- <sup>xxxv</sup> Gibt es noch eine Chance, den Kreislauf aus Rache und Blutvergießen zu Durchbrechen? Aus Friedensforum 2/2024 (bisher nur in Print) <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/2-2024-krieg-um-gaza-ein-pulverfass#node-39445>
- <sup>xxxvi</sup> Siehe Fußnote 29
- <sup>xxxvii</sup> [https://wri-irg.org/en/programmes/world\\_survey/reports/Israel](https://wri-irg.org/en/programmes/world_survey/reports/Israel)
- <sup>xxxviii</sup> Über Antisemitismus, Militarismus und Widerstand in Israel aus Friedensforum 2/2024 (nur in Print)
- <sup>xxxix</sup> „Eine Sisyphus Aufgabe“ aus Friedensforum 2/2024 (nur im Print)
- <sup>xl</sup> <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/deutliche-abfuhr-7279/>
- <sup>xli</sup> <https://www.dw.com/de/rafah-offensive-biden-l%C3%A4sst-bei-netanjahu-nicht-locker/a-68611711>
- <sup>xlii</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/biden-nennt-geplante-rafah-offensive-fehler-102.html>
- <sup>xliii</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/un-sicherheitsrat-waffenruhe-gazastreifen-100.html>